



PRODUKTION VON AGROTREIBSTOFFEN

GLOBALE ERNÄHRUNGSSITUATION, RECHT
AUF NAHRUNG UND AUSWIRKUNGEN
AUF FRAUEN

W I D E 

 **WIDE**
Globalising
Gender Equality
and Social Justice

“Produktion von Agrotreibstoffen: Globale Ernährungssituation, Recht auf Nahrung und Auswirkungen auf Frauen”

Autorinnen: Gertrude Klaffenböck, Eva Lachkovics, Wien, Dezember 2009

Adaptierung und updating: Eva Lachkovics, Wien, Mai 2011

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und Hivos erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben ausschließlich die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union oder Hivos dar.



Table of Contents

Einführung	4
Zur globalen Ernährungssituation	4
Relevante internationale Verpflichtungen von Staaten.....	5
Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	5
Die UN-Klimarahmenkonvention	5
Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD)	5
Arbeitsrechtliche Verpflichtungen im Rahmen der ILO	6
Verpflichtungen im Rahmen der EU.....	7
Die Verpflichtung zur Beimengung von Agrotreibstoffen	7
Die EU-Entwicklungspolitik und die Verpflichtung zur Kohärenz	7
Problematik der Agrotreibstoffe	7
Horrende Preissteigerungen	7
Klima-Kolonialismus	8
Landkonflikte.....	9
Wasserknappheit	11
Schaden für Umwelt und biologische Vielfalt.....	11
Klimatäuschung.....	11
Résumé.....	12
Ausblick und Empfehlungen.....	13
Alternativstrategien	13
Empfehlungen in Bezug auf Agrotreibstoffe.....	15

Einführung

Steigender Ölpreis, erhöhte Energienachfrage, Klimawandel, Kyoto-Protokoll-Pflichten führen zu einem weltweiten Boom für erneuerbare Energieträger inklusive Agrotreibstoffe - Agrodiesel aus Raps-, Palm-, Sojaöl oder anderen pflanzlichen Ölen, Agroäthanol aus Mais, Weizen, Zuckerrohr, Zuckerrüben und anderen stärkehaltigen Pflanzen. Wie der großflächige Anbau von Pflanzen, zu einem großen Teil Grundnahrungsmittel, für diese Treibstoffe mit dem Recht auf Nahrung und den Verpflichtungen der Staaten für die Ernährungssicherung zusammenhängt, soll im Folgenden untersucht werden, ebenso wie ihr tatsächliches Klimaschutz-Potential.

Zur globalen Ernährungssituation

Laut UN hungert derzeit noch immer fast eine Milliarde Menschen – trotz jahrelanger Kampagnen zur Hungerbekämpfung. Die Finanzkrise und die zum Teil durch Spekulation hochgetriebenen Preise für Grundnahrungsmittel haben heftig dazu beigetragen, dass sich kaum etwas ändert. Die FAO meldete im Februar 2011 wieder ein Rekordhoch der Lebensmittelpreise wie etwa für Getreide, Fleisch, Milchprodukte und Zucker mit fatalen Auswirkungen für die Ärmsten der Welt¹. Zwischen 2005 und Mitte 2008 haben sich die Preise für Weizen, Mais und Reis in nicht einmal drei Jahren mehr als verdoppelt². Laut FAO erreichten sie im Februar 2011 fast wieder den Rekord von 2008. Für arme Menschen im Süden, die bis zu 60% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, ist das dramatisch. OECD und FAO erwarten weitere Preissteigerungen bei Getreide und Pflanzenölen in dieser Dekade. Nahrung ist für die Armen dieser Welt – bis zu 70% davon Frauen³ – immer schwerer zu bekommen, obwohl mehr als genug davon vorhanden ist.

Laut FAO muss aber angesichts des erwarteten Bevölkerungswachstums auf mehr als 9 Milliarden Menschen die weltweite Nahrungsproduktion bis 2050 um mehr als 70% (Basis 2005-2007) steigen⁴. Warum allerdings bei einem 50%igen Bevölkerungszuwachs bei derzeitiger Überproduktion die Nahrungsproduktion um 70% steigen muss, wird nicht erklärt. Der Hinweis des Weltagrarberichts, dass derzeit 2,3 Milliarden Tonnen Getreide weltweit geerntet werden - mehr als je zuvor -, aber nur 47 % davon der menschlichen Ernährung dienen, ist vielleicht eine Erklärung. Mehr als die Hälfte des Getreides wird für Tierfutter, Treibstoffe und Industrierohstoffe genutzt.⁵ Die zunehmende Landnutzung für die Agrotreibstoffproduktion ist da in jedem Fall kontraproduktiv.

¹ <http://www.fao.org/news/story/en/item/50519/icode/>

² http://www.welt.de/wirtschaft/article1971118/Verbraucher_werfen_Handel_Preistreiberei_vor.html

³ Laut United Nations Development Fund for Women (UNIFEM):

http://www.unifem.org/gender_issues/women_poverty_economics/

⁴ Declaration of the World Summit on Food Security, Rom, Nov. 2009,

http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/Summit/Docs/Final_Declaration/WSFS09_Declaration.pdf

⁵ Wege aus der Hungerkrise. Die Erkenntnisse des Weltagrarberichts und seine Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen, 2010, <http://www.weltagrarbericht.de/>

Relevante internationale Verpflichtungen von Staaten

Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte⁶

Das Recht auf adäquate Nahrung ist ein fundamentales Menschenrecht⁷. Im UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Pakt)⁸ haben sich die meisten Staaten verpflichtet, dieses Recht im eigenen Wirkungsbereich, auch wenn ein anderes Land betroffen ist, zu respektieren, vor Verletzung durch Dritte zu schützen sowie aktiv und gezielt zu fördern und umzusetzen⁹. Der Pakt, 1966 durch die UN-Generalversammlung beschlossen, trat 1976 in Kraft.

Laut WSK-Pakt bedeutet adäquate Ernährung, dass den Menschen ausreichend angemessene Nahrung sowohl ökonomisch als auch physisch zugänglich ist. Dabei ist auf Nachhaltigkeit bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Verteilung zu achten, damit das Recht auf Nahrung auch für kommende Generationen gewährleistet bleibt¹⁰. Angemessene Nahrung bedeutet Ausgewogenheit an Nährstoffen sowie Berücksichtigung von Qualität, kulturellen Gepflogenheiten und altersbedingten Bedürfnissen. Staaten, die sich dem Recht auf Nahrung verpflichtet haben, müssen daher für eine globale Verteilungsgerechtigkeit und nachhaltige Nahrungsproduktion sorgen.

Die UN-Klimarahmenkonvention

Die Klimarahmenkonvention¹¹, 1992 in New York verabschiedet und bei der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro von den meisten Staaten unterschrieben, trat 1994 in Kraft. Sie ist der erste völkerrechtlich verbindliche internationale Vertrag zum Klimaschutz. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls sind die Signatarstaaten zu einer Reduktion ihrer Treibhausgas-Emissionen um insgesamt 5,2% im Vergleich zum Referenzjahr 1990 bis zum Jahr 2012 verpflichtet – mit unterschiedlichen Reduktionszahlen je nach Emissionen des jeweiligen Landes. Für die EU wurden insgesamt 8% festgelegt.¹² Um diese Reduktion zu erreichen, setzt die EU u.a. auf Agrotreibstoffe und argumentiert mit ihrer angeblichen Klimaneutralität, gibt in ihren Richtlinien aber nicht an, wie viel an CO₂-Reduktion sie sich dadurch erwartet. Aber selbst, wenn das stimmte, darf natürlich eine Verpflichtung (Klimaschutz) nicht auf Kosten einer anderen (Ernährungssicherung) umgesetzt werden.

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD)

Die CBD¹³, die so genannten Biodiversitäts-Konvention, wurde 1992 auf der UNCED beschlossen, trat Ende 1993 in Kraft und hat mittlerweile 190 Vertragsstaaten. Sie hat den Schutz der biologischen

⁶ International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights – ICESCR

⁷ FAO. World Food Summit. The Right to Food. <http://www.fao.org/WorldFoodSummit/sideevents/papers/Y6959e.htm>

⁸ Im Rahmen der UNO am 19.12.1966 unterzeichnet, 1976 in Kraft getreten, definiert im Artikel 11 das Recht auf Nahrung als ein grundlegendes Menschenrecht.

⁹ „States parties should take steps to respect the enjoyment of the right to food in other countries, to protect that right, to facilitate access to food and to provide the necessary aid when required.“ (Art. 36)

¹⁰ <http://www.bayefsky.com/getfile.php/id/357/misc/general>

¹¹ Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) zur Verlangsamung der globalen Erwärmung sowie Milderung ihrer Folgen; die wichtigste Vertragspartner müssen regelmäßige über Fakten und Trends ihrer Treibhausgasemissionen berichten.

¹² <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/03/daten/kyoto-EU.htm>

¹³ Convention on the Biological Diversity – CBD

Vielfalt, ihre nachhaltige Nutzung sowie die gerechte Verteilung des Gewinns aus Wissen und Nutzung der vielfältigen Pflanzen (z.B. für Pharmaerzeugnisse) zum Ziel. Der internationale Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft¹⁴ legt Rahmenbedingungen für Gerechtigkeit im Umgang mit und Zugang zu pflanzengenetische Ressourcen fest. Das Zusatzprotokoll zur Biosicherheit (Cartagena-Protokoll)¹⁵ bezieht sich u.a. auf ökologische und gesundheitliche Sicherheit von genmanipuliertem Saatgut und Keimmaterial sowie der daraus entstehenden Pflanzen und führt das Vorsorgeprinzip in diesem Zusammenhang ein. Es ist zu befürchten, dass die Agrospritproduktion dazu genutzt wird, um die Akzeptanz von Gentechnik, die u.a. auch den Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen bedroht, zu erhöhen. Denn der Einsatz von Gentechnik für die Treibstoffproduktion wird eher akzeptiert als für die Nahrungsproduktion, ist aber für die Umwelt und biologische Vielfalt ebenso schädlich.

Arbeitsrechtliche Verpflichtungen im Rahmen der ILO

Die vier Grundprinzipien des Selbstverständnisses und Handelns der ILO

- Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen,
- Beseitigung der Zwangsarbeit,
- Abschaffung der Kinderarbeit und
- Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

sind in acht Übereinkommen, die auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet werden, festgelegt¹⁶:

- Zwangsarbeit, 1930 (Übereinkommen 29)
- Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948 (Übereinkommen 87)
- Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949 (Übereinkommen 98)
- Gleichheit des Entgelts, 1951 (Übereinkommen 100)
- Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957 (Übereinkommen 105)
- Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958 (Übereinkommen 111)
- Mindestalter, 1973 (Übereinkommen 138)
- Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999 (Übereinkommen 182)

Ziel der ILO-Übereinkommen ist soziale Gerechtigkeit als eine wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Weltfrieden. Dabei müssen sich Wirtschafts- und Sozialpolitiken gegenseitig verstärken, um Gerechtigkeit, sozialen Fortschritt und die Beseitigung von Armut zu gewährleisten. Wichtig dafür ist auch das zusätzliche 1991 in Kraft getretene Übereinkommen 169, das die Signatarstaaten zum Schutz der Rechte aller indigenen Völker und zur Gewährleistung der Achtung ihrer Unversehrtheit verpflichtet.

Bei der Produktion von Agrotreibstoffen, die in der EU genutzt werden, muss daher auf die Einhaltung der ILO-Grundsätze geachtet werden.

¹⁴ International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture

¹⁵ Cartagena Protocol on Biosafety to the Convention on Biological Diversity, am 29.1.2000 beschlossen, am 11.9.2003 in Kraft getreten, <http://bch.cbd.int/protocol/>

¹⁶ <http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/kernarbeitsnormen/index.htm>

Verpflichtungen im Rahmen der EU

Die Verpflichtung zur Beimischung von Agrotreibstoffen

Die 2003 verabschiedete so genannte Biokraftstoff-Richtlinie 2003/30/EG der Europäischen Union¹⁷ verpflichtete die Mitgliedstaaten, einen Mindestanteil an Agrokraftstoffen in Verkehr zu bringen, bis 2005 2 Prozent und bis 2010 5,75 Prozent Beimischung von Bioethanol und Biodiesel zu fossilen Brennstoffen. Die Folgerichtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen 2009/28/EG¹⁸ aus dem Jahr 2009 verpflichtet die Mitgliedstaaten zu einer 10%igen Beimischung von Agrotreibstoffen bis 2020.

Schwerwiegende soziale und ökologische Bedenken führen langsam zum Umdenken. Der Industrieausschuss des EU-Parlaments forderte im September 2008, dass mindestens 4% der angestrebten 10% durch den Einsatz neuer Agrotreibstoffe der zweiten Generation aus zellulosereichen Pflanzen (Stroh, Luzerne, Rinde, Blätter, Mist) hergestellt¹⁹ und durch Elektro- und Hybridantriebe erreicht werden. 40% der Agrotreibstoffe soll aus Quellen stammen, die nicht in Konkurrenz zu Nahrungs- oder Futtermitteln stehen. Agrotreibstoffe der zweiten Generation sind jedoch auch kritisch zu betrachten, da Bioabfälle wichtige Nährstoffe für die Regeneration der Böden darstellen. Treibstoffproduktion aus solcher Biomasse entzieht somit den Böden Regenerationsmöglichkeiten. In der Folge steigt der Bedarf an Treibhausgasen produzierenden Düngemitteln in der Massenproduktion.

Die EU-Entwicklungspolitik und die Verpflichtung zur Kohärenz

Im Rahmen der gemeinsamen Entwicklungspolitik der EU muss in allen Politikfeldern, die die Entwicklungsländer berühren könnten, die nachhaltige Entwicklung, die harmonische, schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut verfolgt werden. Einen dafür zentralen internationalen Konsens stellen die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) dar.²⁰ Das erste dieser Ziele ist die Halbierung der weltweiten Anzahl an Hungernden – mehrheitlich Frauen – zwischen 1990 und 2015. Der MDG-Report 2008²¹ kündigt aufgrund der gestiegenen Nahrungsmittelpreise mehr anstatt weniger Hunger und Armut an. Er macht u.a. die Produktion von Treibstoff aus Nahrungsmitteln dafür verantwortlich.

Problematik der Agrotreibstoffe

Horrende Preissteigerungen

Bereits 2009 wurde ca. 1% der globalen Ackerflächen für Agrotreibstoffe verwendet. Zwischen 2004 und 2007 wurden 70% der weltweiten Zunahme der Maisproduktion zu Agrosprit verarbeitet. Der weitere Ausbau ist geplant. So verfolgen die USA ein Beimengungsziel von 30 Prozent bis 2030. Eine Verarbeitung von 7% der weltweit produzierten Pflanzenöle zu Agro-Diesel wurde schon 2008

¹⁷ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:123:0042:0046:DE:PDF>

¹⁸ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:de:PDF>

¹⁹ Zum Unterschied zur ersten Generation von Agrotreibstoffen, für deren Herstellung hauptsächlich wichtige Nahrungsmittel verwendet werden.

²⁰ Millennium Development Goals – MDGs

²¹ Siehe www.un.org/millenniumgoals

festgestellt²². Die wachsende Nachfrage nach Mais für Treibstoff verdrängt andere Feldfrüchte, insbesondere Getreide. Ergebnis: Enormer Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln. Zwischen Jänner 2005 und Juni 2008 verdreifachte sich der Maispreis, was u.a. zur so genannten Tortilla-Krise in Mexiko Anfang 2007²³ führte. Weiters wurden am Weltmarkt Weizen um 127%, Reis um 170%, Palmöl um 200%, Sojaöl um 192% teurer. Die Preise für Zucker, Zitrusfrüchte, Bananen, Fleisch stiegen im Schnitt um 48%.²⁴ Seither stiegen die Lebensmittelpreise weiter und haben die höchsten Werte der letzten Jahrzehnte erreicht. Weitere Preisanstiege werden erwartet. Damit werden ausreichend adäquate Lebensmittel für immer mehr Menschen in Ländern des Südens aber auch in Europa nicht mehr leistbar.

Ernährungssicherheit sinkt, Armut steigt. Frauen sind aufgrund ihrer vielfachen Pflichten, ihre Familien zu versorgen, ganz besonders und unmittelbar betroffen. In Indonesien etwa steigen die Preise für Speiseöl seit Beginn des Biodiesel-Booms wegen der rasant ansteigenden Weltmarktpreise für Palmöl unaufhörlich an. Indonesierinnen beklagen, dass qualitätsvolles Speiseöl zunehmend rar und kaum mehr leistbar wird.²⁵ In Brasilien führte die Ausweitung des Zuckerrohranbaus für Agrosprit auf Weideland innerhalb kurzer Zeit zu einer Erhöhung des Milchpreises um 50 Prozent.²⁶

Klima-Kolonialismus

Die Beimischungsziele der Industrieländer können nur durch den Import großer Mengen an pflanzlichen Rohstoffen erreicht werden. Eine aktuelle Studie des Londoner Institute for European Environmental Policy (IEEP)²⁷ kommt zu dem Schluss, dass 44% des Agroethanols und 36% des Agrodiesels, die laut Erneuerbare Energie-Richtlinie der EU²⁸ im Jahr 2020 in der EU gebraucht werden, importiert werden müssen. In Deutschland etwa wurden bereits 2009 900.000 t Ethanol für Treibstoff (3,6% des verkauften Benzins) verbraucht, nur 590.000 wurden in der BRD hergestellt²⁹. Für Österreichs 10%-Beimengungsziel müssten derzeit sogar 85% der Rohstoffe anderswo produziert werden³⁰.

Die Beimengungsziele der 27 EU-Staaten würden bis 2020 insgesamt eine zusätzliche Anbaufläche von zwischen 4,7 und 7,9 Mio. ha (47.000 bis 79.000 km²) benötigen – landwirtschaftliche Fläche, die nicht mehr für die Nahrungsproduktion genutzt werden kann, der Großteil davon in Ländern des Südens. 4,7 Mio. ha entsprechen einer Fläche, die etwas größer als die Niederlande ist, 7,9 Mio. ha entsprechen etwas weniger als der Größe von Irland.

Theoretisch könnte die Agrotreibstoffproduktion zur Schaffung von Einkommen für Bäuerinnen und Bauern in Ländern des Südens beitragen. Tatsächlich aber produzieren Konzerne auf riesigen

²² Donald Mitchell, A Note on Rising Food Prices, Policy Research Working Paper 4682, Weltbank, Development Prospects Group, Juli 2008

²³ Anfang 2007 stieg der Kilopreis für Tortillas in Mexiko Stadt innerhalb weniger Wochen auf fast das Doppelte. Die Ursache: Nach dem Beitritt Mexikos zum Freihandelsabkommen NAFTA konnten viele Bauern und Bäuerinnen nicht mehr mit dem hoch subventionierten Mais aus den USA konkurrieren. Da Mais eines der wichtigsten Grundnahrungsmittel in Mexiko ist, geriet das Land zunehmend in die Nahrungsmittelabhängigkeit der USA. Dort stieg die Nachfrage nach Mais für die Produktion von Agroethanol als Treibstoff für Autos, somit stieg der Preis für das Grundnahrungsmittel zur Herstellung der Tortillas in Mexiko, bis es für die ärmeren Schichten kaum mehr leistbar war.

<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/die-tortillakrise/806060.html>

²⁴ Donald Mitchell, A Note on Rising Food Prices, Policy Research Working Paper 4682, Weltbank, Development Prospects Group, Juli 2008

²⁵ Die Biosprit-Lüge, ein Film von Inge Altemeier (2009)

²⁶ Energy Crops for Agrofueels, FIAN-Deutschland: Fact Sheet for GTZ – Agrofueels – Nov. 2007

²⁷ Catherine Bowyer, Bettina Kretschmer, Anticipated Indirect Land Use Change Associated with Expanded Use of Biofuels and Bioliquids in the EU – An Analysis of the National Renewable Energy Action Plans, IEEP, März 2011

²⁸ Renewable Energy Directive 2009/28/EC

²⁹ BUND-Hintergrund zur Einführung des Agrokraftstoffes „E10“, Bund für Umwelt und Naturschutz, BRD, 24.2.2011

³⁰ AG Agrotreibstoffe, Folder Agrotreibstoffe; Herausgeber Klimabündnis Österreich, 2008

industriellen Anbauflächen Rohstoffe für den Export und rechtfertigen unrichtigerweise die Umwidmung dieser Flächen von Nahrungs- auf Treibstoffproduktion zudem als Beitrag zum Klimaschutz. Die Wertschöpfung bleibt bei Agrokonzernen, Handelsunternehmen und Finanzinstitutionen. Bäuerlichen Familien werden verdrängt, so dass mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen werden, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse nehmen zu. NGOs kritisieren das als „Klima-Kolonialismus“.

Landkonflikte

Zirka 75% der ärmsten – mehrheitlich weiblichen – Bevölkerung der Welt und etwa 50% der von Hunger Bedrohten ernähren sich von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Essentiell für sie sind Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und technische Unterstützung. Die forcierte Agrospritproduktion führt zu Einschränkungen für Klein- und SubsistenzbäuerInnen, Nomaden und indigene Völker. Es kommt zu Vertreibungen, erzwungenen Umsiedlungen, Landverlust. Die regionale Nahrungsmittelversorgung und Wirtschaft erleiden massive Schäden.

Durch die Zerstörung wertvoller Ökosysteme wie Regenwälder und Savannen verlieren indigene Völker noch mehr an angestammten Lebensraum, was ihr physisches und kulturelles Überleben weitergefährdet. In Ländern wie Brasilien, Indien, den Philippinen werden Landreformen und Restitutionsforderungen indigener Völker zurückgestellt.

In all diesen Gruppen sind Frauen besonders betroffen. Aus strukturellen Gründen haben Frauen prinzipiell weniger Zugang zu Land. Durch den zunehmenden Bedarf an Land für die Agrospritproduktion wird der Zugang zu Land für Frauen noch schwieriger. Ihre Lage verschärft sich. Zudem sind sie aufgrund ihrer Rollen und Aufgaben in den jeweiligen Gesellschaften in ihrer Mobilität weit mehr eingeschränkt als Männer und haben daher kaum Chancen auf Einkommen aus anderen Tätigkeiten als Subsistenzwirtschaft.

Beispiel Indonesien

In Indonesien führt die steigende Palmöl-Produktion – fast Verdoppelung zwischen 2002 und 2008 – zu verschärftem Kampf um Land. So wurden die Menschen der Gemeinde Batang Kuma (Sumatra) von ihrem Land vertrieben, die Häuser niedergebrannt, um dort neue Palmplantagen aufbauen zu können. Im Februar 2009 dokumentierte das indonesische Netzwerk Sawit Watch („Palmöl beobachten“) 576 Konflikte um Ressourcen, hauptsächlich um Land.³¹

Beispiel Brasilien

Die Guarani Kaiowá, schon lange aus Mato Grosso do Sul im Südosten Brasiliens vertrieben, hofften 1973 auf Restitution ihrer traditionellen Gebiete. Ein neues Gesetz bestimmte die Rückgabe der Ländereien an die indigenen Völker. Gleichzeitig wurde in Mato Grosso auf subventionierten Plantagen Zuckerrohr für Agrosprit angebaut. Von Restitution war keine Rede mehr. Die Guarani Kaiowá mussten in minderwertigen Reservaten bleiben und weiter hungern.³²

Beispiel Papua Neuguinea³³

Der Inselstaat nördlich von Australien wird von Großkonzernen für die Palmölproduktion zur Herstellung von Agrotreibstoff genutzt. Mit Unterstützung der Weltbank und anderen internationalen Institutionen wird bisher zur Nahrungsproduktion genutztes Ackerland für

³¹ Vgl. Pichler Melanie, eigene Aufzeichnungen – Untersuchungen für Diplomarbeit, 2008, unveröff.

³² FIAN International: Agrofuels in Brasil. Fact-finding Mission (2008)

³³ FIAN Österreich, Palmölproduktion in Papua Neuguinea schafft Hunger, Hintergrundinformation zur Unterschriften und Postkartenaktion von Weltgebetstag 2009 und FIAN in Österreich, Jänner 2009

Ölpalmpflanzungen akquiriert. Regenwald wird abgeholzt oder durch Brandrodung zerstört, um Platz für Ölpalmen zu schaffen. Die indigene Bevölkerung wird ihrer Lebensgrundlage beraubt. Kleinbauern, ausschließlich Männer, müssen für geringes Einkommen, das kaum für die Grundbedürfnisse reicht, Palmölfrüchte produzieren und an die Konzerne liefern. Frauen werden ignoriert und übergeben. Durch die massenhafte Umwidmung von indigenem Land zu Nutzland für die Konzerne wurde für Frauen der ohnehin schwierige Zugang zu Land noch stärker eingeschränkt und damit ihre Möglichkeiten zur Nahrungsproduktion und Versorgung ihrer Familien.

Zur Effizienzsteigerung wurde schließlich das *mama lus frut* scheme eingeführt. Frauen dürfen die bei der Ernte der Männer heruntergefallenen Ölfrüchte einsammeln und bekommen dafür eine geringe Bezahlung. Die Konzerne konnten so ihren Ertrag um 14 Prozent steigern. Frauen werden oft auch zum Sprühen von Agrochemikalien eingesetzt, ohne über die gesundheitsschädliche Wirkung der Sprühmittel informiert zu werden. Das hart erarbeitete bisschen Geld müssen Frauen nun für den Kauf von aufgrund der Verknappung überpreister Nahrung, die sie nicht mehr selbst produzieren können, ausgeben. Die geringe Einkommensmöglichkeit ist für die Frauen mitunter mit Prostitution verbunden. Frauen in Papua Neuguinea haben durch die Agrotreibstoffproduktion ihren gesellschaftlichen Status bei der Familienernährung verloren und wurden zu bloßen Restsammlerinnen degradiert.

Beispiel Guatemala³⁴

Am 14. März 2011 wurden mehr als 100 Bauernfamilien zum zweiten Mal von ihrem Land im Polochic Tal, Guatemala, vertrieben und erneut ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Polizeieinheiten zerstörten ihre Häuser und ihre Ernten. Auf dem Land sollen Zuckerrohr- und Palmölplantagen zur Herstellung von Agro-Ethanol und Agrodiesel angelegt werden. Die Familien sind nun obdachlos und auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Die wachsende Nachfrage nach Agrotreibstoffen auf dem Weltmarkt treibt in Guatemala die Ausbreitung von Zuckerrohr- und Palmölplantagen voran. Die Flächenkonkurrenz führt dazu, dass die Produktion von Nahrungsmitteln in Guatemala erheblich zurückgegangen ist. Allein die Weizenproduktion ist um 80 Prozent eingebrochen.

Beispiel Äthiopien³⁵

Mitte 2010 konnte bereits die dritte indische Firma BHO Agro Plc riesige Landflächen in Gambela, Äthiopien, akquirieren. Das Landwirtschaftsministerium genehmigte die Pacht von 27.000 ha – so viel wie die halbe Fläche der Hauptstadt Addis Ababa – für den Anbau von Pflanzen für die Agrosprit-Produktion. 2008 übernahm die indische Firma Karuturi 300.000 ha Land – eine Fläche so groß wie Luxemburg – für den Anbau von Weizen für den Export, und Anfang 2010 pachtete die Ruchi-Gruppe 25.000 ha ebenfalls für die Agrosprit-Produktion.

Die äthiopische Behörden argumentieren, dass diese Landaneignungen durch ausländische Firmen deutliche ökonomische Vorteile bringen würden. Die Bevölkerung kritisiert jedoch, dass das Land von armen BäuerInnen enteignet wurde, ohne die lokale Bevölkerung zu konsultieren, und dies einen großen Verlust an eigenen Ressourcen bedeutet.

³⁴ <http://www.regenwald.org/mailalert/699/guatemala-konzerne-lassen-bauern-fur-biosprit-brutal-vertreiben>

³⁵ <http://addisvoice.com/2010/08/fears-over-massive-indias-land-grab/>

Wasserknappheit

Die intensive industrielle Landwirtschaft ist im Gegensatz zu traditionellem kleinbäuerlichen Anbau extrem wasserintensiv. So benötigt die Produktion von einem Liter Ethanol aus Zuckerrohr in Brasilien fast 3.500 Liter kostbares Wasser. In China müssen durchschnittlich 2.400 Liter Wasser eingesetzt werden, um 1 Liter Ethanol aus Mais zu gewinnen.³⁶ Zudem verursachen die Agrochemikalien der industriellen Produktion Verunreinigungen von Gewässern und Grundwasser. Verknappung des Wassers mit katastrophalen Folgen für Versorgung und Gesundheit der ländlichen Bevölkerung ist die Folge. Frauen, die täglich mit Haushalt und Versorgungspflichten (Nahrungsverarbeitung, Gesundheit, Hygiene) konfrontiert sind, haben die Hauptlast der Wasserknappheit zu tragen: Versorgungsprobleme, längere beschwerlichere Wege zur Beschaffung, gesundheitliche Schäden. Zugang zu Wasser, einem der wichtigsten Lebensmittel, ist ein wesentlicher Bestandteil des Rechts auf Ernährung.

Schaden für Umwelt und biologische Vielfalt

Industrielle Agrarproduktion verursacht durch Chemikalien wie Kunstdünger und Pestizide neben Wasserverschmutzung Umweltschäden wie Bodenerosion und -kontamination, Schäden für nützliche Insekten, Bodenbewohner und Pflanzen. Seit den 1960er Jahren sind zudem dramatische Verluste an biologischer Vielfalt durch den Intensivanbau in Monokulturen bekannt. Die Agrotreibstoffproduktion erhöht auch den Druck in Richtung Gentechnologie, die Probleme wie Kontamination anderer Felder, Auskreuzen auf Wildpflanzen, Schäden für Bodenorganismen, Nützlinge und Vögel verursacht. Die Leistungsfähigkeit der Ökosysteme wird geschwächt, wodurch ihre Fähigkeit, sich den Folgen des Klimawandels anzupassen abnimmt. Die Lebensgrundlage von Millionen Menschen ist bedroht.

In traditionellen Gesellschaften sind üblicherweise Frauen für das Saatgut zuständig. Das beinhaltet die Saatgutauswahl und -produktion sowie pflanzenzüchterische kreative Arbeit, um die pflanzenbiologische Vielfalt zu vermehren. Diese Aufgaben werden durch industrielle Landwirtschaft, Umweltschäden und Kontamination bedroht und damit auch Status und Existenzsicherung der Frauen.

Klimatäuschung

Studien widersprechen der Erwartung, dass Agrotreibstoffe den Ausstoß an Treibhausgasen verringern. Laut einer Studie des österreichischen Ökobüros vom Dezember 2007 schwanken die Werte bei Bioethanol je nach Rohstoff (Raps, Getreide, Kartoffeln, Mais, Palmöl, Zucker) zwischen einer Erhöhung der Treibhausgas-Emission von 6 Prozent und einer Treibhausgas-Reduktion von 30 Prozent, bei Biodiesel zwischen einer Verringerung von 10 bis 70 Prozent. Dazu kommen noch die Emissionen aus der landwirtschaftlichen Produktion. Der Abbau von Humus und die Trockenlegung von Torfböden erzeugen CO₂-Emissionen. Aus Kunstdünger entsteht Lachgas (N₂O), das eine etwa 300mal höhere Treibhaus-Wirkung als CO₂ hat.³⁷

³⁶ International Water Management Institute, Water Policy Brief, Issue 30, Nov 2008

³⁷ Nachhaltigkeitskriterien für Agrotreibstoffe. Kurzstudie im Rahmen des Projektes „Essen oder Fahren – Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ernährungssicherheit und Biofuels“, Ökobüro, Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen, Dezember 2007

Die bereits zitierte brandaktuelle Studie des IEEP über die Änderung der Landnutzung³⁸ zeigt auf, dass im Endeffekt die CO₂-Bilanz der Agrotreibstoffe negativ ist, wenn man alle Faktoren des gesamten Herstellungsprozesse einbezieht. Dazu gehören Landmaschineneinsatz, Agrochemikalien, insbesondere Kunstdünger, Transport, Verdrängung und Zerstörung von biologischer Vielfalt. Auch die enormen Mengen an CO₂, die durch Regenwaldvernichtung, insbesondere Brandrodung, Umwandlung anderer Wälder, von Grünland und brach liegenden Flächen sowie von Torfflächen in Ackerflächen freigesetzt werden, müssen natürlich in die CO₂-Bilanz der Agrotreibstoffe eingerechnet werden.

Bezieht man den Energieverbrauch bzw. die Emissionen an CO₂ und Lachgas aus Kunstdünger, das noch wesentlich klimaschädlicher ist, des gesamten Herstellungsprozesses mit ein, so ergeben die Berechnungen der Studie ein düsteres Bild. Demnach würde der von den nationalen Aktionsplänen zu erneuerbarer Energie der 27 EU-Staaten angepeilte Einsatz von Agrotreibstoffen bis 2020 zu zwischen 81% und 167% mehr Treibhausgasemissionen führen als der Einsatz von fossilen Brennstoffen für denselben Effekt. Ergebnis: Agrotreibstoffe dienen nicht dem Klimaschutz, vielmehr tragen sie zur Vergrößerung des Treibhauseffekts bei.

Ein zusätzliches Beispiel: Ein Auto mit einem Verbrauch von acht Litern Benzin pro 100 km stößt auf 100 km 18,6 kg CO₂ aus. Fährt es mit E10-Benzin, dem 10% nachhaltig erzeugtes (sollte es so etwas geben) Ethanol, das in der Theorie um 35% weniger CO₂ verursacht, würde die CO₂-Emission auf 18 kg pro 100 km sinken. Ein verbrauchsoptimierter PKW mit einem Verbrauch von vier Litern würde dagegen nur 9,3 kg CO₂ auf 100 km ausstoßen. Bei nachhaltigem E10-Einsatz gäbe es eine weitere leichte Verringerung auf 9 kg pro 100 km. Klimaentscheidend ist hier also die Reduktion des Spritverbrauchs, nicht der Agrosprit. Selbst theoretisch nachhaltig erzeugter Agrosprit hat keine nennenswerte Klimawirkung.³⁹

Résumé

Die Beimischungsziele der Industrieländer (EU, USA) führen zu forcierter Produktion von Rohstoffen für Agrotreibstoffe im Süden, die mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen, ganz besonders mit der Verletzungen des Rechts auf Nahrung, und mit dem Verlust von Existenzgrundlagen in Form von Land und natürlichen Ressourcen einhergeht.

In einigen Ländern mag es geringe Einkommensmöglichkeiten durch die Agrotreibstoffproduktion geben⁴⁰ - hauptsächlich für Männer, da es sich eine neue Technologie handelt und Frauen weniger mobil als Männer sind. Insgesamt überwiegen die sozialen, ökologischen, ökonomischen Nachteile bei weitem. Frauen sind auch hier wieder einmal ganz besonders heftig betroffen. Sie machen bis zu 70% der Armen dieser Welt aus⁴¹ und sind eher von Landlosigkeit betroffen als Männer. Sind sie in der Lage, Land zu bewirtschaften, so sind es hauptsächlich Klein- und Subsistenzbetriebe. Sie besitzen das Land aber häufig nicht selbst. Frauen sind vielfach für die Pflege und Weiterentwicklung der agrobiologischen Vielfalt zuständig. All das wird durch den Agrotreibstoff-Boom gefährdet, der vielerorts zu Vertreibungen und Umsiedlung führt. Haben Frauen ihre landwirtschaftliche Existenz einmal verloren, gibt es für sie weit weniger Möglichkeiten für ein alternatives Einkommen als für Männer.

³⁸ Catherine Bowyer, Bettina Kretschmer, Anticipated Indirect Land Use Change Associated with Expanded Use of Biofuels and Bioliquids in the EU – An Analysis of the National Renewable Energy Action Plans, IEEP, März 2011

³⁹ BUND-Hintergrund zur Einführung des Agrokraftstoffs „E10“: Flächen für Agrospritbau nicht ausweiten. Nur drastische Reduktion des Spritverbrauchs führt zu mehr Klimaschutz im Verkehr, BUND e.V. Freunde der Erde, Berlin, 24.02.2011

⁴⁰ Agrofuels: Opportunity or Danger?, Conference Report, 12. – 14. Dezember 2007, Hotel Christophorus-Haus, Berlin Spandau/BRD

⁴¹ http://www.unifem.org/gender_issues/women_poverty_economics/

Für Europa muss die Rohstoffproduktion großteils in den Süden und Osten ausgelagert werden, mit den damit verbundenen Problemen – eine neue Form des Kolonialismus. Dabei wird der relative Reichtum an agrobiologischer Vielfalt im Süden durch die industrielle Landwirtschaft weiter bedroht.

Biodiversität ist die Grundlage der globalen Nahrungssicherung. Die zunehmende Reduktion der pflanzengenetischen Vielfalt verringert die Möglichkeiten, Nahrungspflanzen mittels Züchtung an neue Bedingungen anzupassen. Diese Anpassung ist aber gerade im Zeitalter des Klimawandels überlebensnotwendig für die Menschheit. Gentechnik kann nicht leisten, was konventionelle Züchtung vermag. Während wir in Europa eher langfristig und mittelbar von der Erosion der Biodiversität betroffen sind, hängt die Existenz der Kleinbauern und insbesondere die der Kleinbäuerinnen im Süden ganz unmittelbar und direkt von der pflanzengenetischen Vielfalt ab. Dadurch wirkt sich die Agrotreibstoffproduktion global nachteilig auf das Recht auf Nahrung, besonders auf das der Frauen aus, aber auch durch den Anstieg der Lebensmittelpreise. Letzteres nicht nur im Süden, sondern auch unter der ärmeren Bevölkerung in der EU, die sich mitunter nicht mehr durchwegs ausgewogen ernähren können

Agrotreibstoffe sind kein sinnvoller Lösungsansatz für Energie- und Klimaprobleme. Immer mehr wissenschaftliche Studien⁴² sprechen von zusätzlicher Treibgasentwicklung.

Wenn alle 6,7 Milliarden Menschen so mit den natürlichen Ressourcen umgehen wie Europa, bräuchten wir jetzt schon drei Erden, ganz zu schweigen von den USA. Mit Fug und Recht streben aber nun auch ärmere Länder eine Angleichung an unseren Lebensstandard an. Daher darf nicht über eins zu eins Ersatz für Erdöl nachgedacht werden, sondern über Sofortmaßnahmen zur drastischen Reduktion des Energieverbrauchs. Keinesfalls darf die Energieproduktion für die Reichen auf Kosten der Ernährung der Armen gehen wie bei den Agrotreibstoffen!

Ausblick und Empfehlungen

Die politische Forderung der Politikkohärenz im entwicklungspolitischen Zusammenhang bedeutet, dass andere Politikbereiche die Zielsetzungen der Entwicklungspolitik und menschenrechtliche Verpflichtungen nicht konterkarieren bzw. ihnen nicht entgegenwirken dürfen. Da die aktuelle Agrotreibstoff- und die generelle Energiepolitik der EU jedoch nachweislich dieser Politikkohärenz nicht entsprechen, müssen Maßnahmen getroffen werden, um umfassende Kohärenz in Bezug auf Entwicklungspolitik, Menschenrechte, Umwelt, Klima, Landwirtschaft, Energie herzustellen.⁴³ Dabei muss in verschiedenen Bereichen angesetzt werden, u.a. im Energie- und Verkehrsbereich, bei steuerlichen und Umverteilungsmaßnahmen und bei der Agrotreibstoffrichtlinie direkt:

Alternativstrategien

Zur Erreichung der Treibhausgas-Emissionsziele sind Strategien zu wählen, die mit menschenrechtlichen Verpflichtungen konform sind:

⁴² Jerry M. Melillo, John M. Reilly, David W. Kicklighter, Angelo C. Gurgel, Timothy W. Cronin, Sergey Paltsev, Benjamin S. Felzer, Xiaodong Wang, Andrei P. Sokolov, C. Adam Schlosser, Indirect Emissions from Biofuels: How Important?, Science DOI: 10.1126/sciencemag.org/cgi/content/abstract/1180251, veröffentlicht online, 22. Oktober 2009;

<http://www.sciencemag.org/cgi/content/abstract/1180251>, ebenso wie die bereits zitierte IEEP-Studie

⁴³ Sarah Funk, Melanie Pichler, Agrartreibstoffe im Fokus - Politikkohärenz aus der Perspektive des Rechts auf Nahrung, Dossier entstanden im Rahmen des Projekts „Das Menschenrecht auf Nahrung als Grundlage für Politikkohärenz“, gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Wien, Februar 2011

- **Steigerung der Energieeffizienz.** Öffentliche Förderung von energetischer Sanierung von Altbauten, Passivhausbauweise, Reduktion von Verpackungsmaterial, Entwicklung von Technologien zur Steigerung der Energie-Effizienz.
- **Eindämmung des PKW-Verkehrs.** Ausbau und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, Moratorium für Straßenbau, City-Maut für größere Städte, Verkehrserreger- und Straßenbenützungsgeldern, Parkraumbewirtschaftung, etc.
- **Drastische Reduktion des Spritverbrauchs bei Fahrzeugen.** Steuerbonus für Elektroautos, Forcierung von verbrauchsoptimierten Kraftfahrzeugen, die ein Minimum an Kraftstoff verbrauchen, Zulassungssteuer für Spritfresser (z.B. für Porsche Cayenne S in Norwegen: 53.000 €),
- **Weitgehende Vermeidung von LKW-Transporten.** Hohe Transportsteuern, um Kostenwahrheit beim Transport herzustellen, Erleichterungen für Schienentransport, Ausbau der Bahnstrecken auf Haupttransportlinien in Europa, Förderung des Binnenschiffverkehrs, der das Klima noch weniger belastet als die Bahn ⁴⁴, und auch der Hochseeschifffahrt, die noch weniger Energie verbraucht.
- **Stärkere Besteuerung von Kerosin und Schiffstreibstoffen.** Zumindest deren steuerliche Gleichstellung mit Benzin und Diesel, um auch hier Kostenwahrheit herzustellen.
- **Umstieg auf erneuerbare nachhaltige Energieträger.** Wind- und Sonnenenergie, auch lokaler Einsatz von moderaten Mengen regional produzierter Agroenergieträger (z.B. Hackschnitzel) – ausgenommen für den motorisierten Individualverkehr, Vermeidung von Flächenkonkurrenz mit Nahrungsmittelproduktion.
- **Umstellung aller landwirtschaftlichen Flächen auf ökologische Landwirtschaft.** Besteuerung von Agrochemikalien, um Kostenwahrheit gegenüber ökologischer Landwirtschaft herzustellen, als eine Maßnahme dazu.
- **CO₂-Steuer auf alle Produkte** entsprechend ihrem jeweiligen ökologischen Fußabdruck.
- **Vorrang und Erhalt für den Nahrungsmittelanbau.**
- **Umstellung auf sozial, ökologisch und frauenpolitisch verträglichen Welthandel.**
- **Förderung der Lebensqualität am Land** durch ländliche Entwicklungsmaßnahmen.
- **Keine Spekulation auf Agrarprodukte.** Unterbindung von weltweiten Nahrungsmittel-Spekulationsgeschäften sowie Regulierung der Nahrungsmittelpreise.
- **Internationale Zusammenarbeit.** Forcierung von Monitoring, Rechenschaftspflicht, Kontrolle von Unternehmen und deren Aktivitäten in der Agrarproduktion und im Agrarhandel, um regionale kleinbäuerliche Nahrungsproduktion zu fördern und den lokalen Nahrungsbedarf zu decken.
- **Agrarreformen als Instrument zur Ernährungssicherung.** Keine Gefährdung von Agrarreformen durch den Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung – im Sinne des Rechts auf Nahrung und unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen.
- **Partizipation.** Zwingende Teilhabe der betroffenen lokalen Bevölkerung bei Investitionen in Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Landnutzung; intensive, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung, insbesondere mit Frauen, KleinbäuerInnen und indigenen Gemeinschaften, um gerechte Landnutzungspläne zu entwickeln

⁴⁴ http://www.donauschifffahrt.info/oeffentlichkeit/vorteile_der_binnenschifffahrt/

Empfehlungen in Bezug auf Agrotreibstoffe

- **Moratorium auf Beimischungsziele.** So lange nicht ausgeschlossen werden kann, dass es menschenrechtliche Verschlechterungen durch Agrotreibstoffproduktionen gibt, sind die EU-Beimischungsziele auszusetzen.
- **Kein Import von Agrotreibstoffen in die EU,** da eine Konkurrenzsituation zwischen der landwirtschaftlichen Produktion für Treibstoffe und für Nahrung besteht.
- **Keine Förderung industrieller Produktion von Agroenergiepflanzen in der EU.** Entsprechend der Forderung von Sozial- und KleinbäuerInnenbewegungen Anbaustopp von Agroenergiepflanzen, es sei denn, sie werden nur regional verwendet und dienen nicht dem motorisierten Individualverkehr.

Übergeordnet brauchen wir in der EU und weltweit eine andere Mobilitätspolitik, eine andere Energiepolitik, eine andere Wirtschaftspolitik und eine andere Agrar- und Ernährungspolitik, ausgerichtet an den Konzepten der Ernährungssouveränität und der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und ohne Gentechnologie.